

## **Entschließungsantrag**

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ZU:

**Antwort der Landesregierung - Drucksache 6/10977 vom 28.03.2019**

### **Brandenburgs Freiraum und Boden schützen - Flächenverbrauch und Bodenversiegelung reduzieren**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Der kürzlich veröffentlichte Bericht des Weltbiodiversitätsrates führt erstmals seit 2005 alle wissenschaftlichen Erkenntnisse über den aktuellen Zustand der biologischen Vielfalt weltweit zusammen. Der Bericht zeigt, dass derzeit mehr Arten vom Aussterben bedroht sind, als je zuvor in der gesamten Geschichte der Menschheit. Der fortschreitende Verlust biologischer Vielfalt ist ein existenzielles Problem für uns Menschen. Eine intakte Biodiversität und die damit verbundenen Ökosystemleistungen sind ebenso wichtig für unser Leben wie ein stabiles Klima.

Als Hauptgrund für den Verlust der Artenvielfalt nennen die Autoren des Berichts die Veränderung der Landnutzung, zu der auch die Bebauung und Versiegelung von Flächen zählt. Unbebauter Boden ist Lebensraum vieler Organismen, sichert uns Menschen den wesentlichen Teil unserer Ernährung und reinigt das Niederschlagswasser für unser Trinkwasser.

Problematisch sind auch die Reduktion und Zerschneidung des zusammenhängenden Freiraums durch Baugebiete und Infrastruktur wie Straßen sowie die Belastung der Böden durch Agrochemikalien, übermäßige Nährstoffzuführung und den Eintrag von Fremdstoffen wie Umweltgiften oder Mikroplastik.

Im Zeitraum 2012 bis 2016 (5-Jahresmittelwert zur Reduzierung von Jahreseffekten) lag die Flächenneuanspruchnahme in Brandenburg bei etwa vier Hektar am Tag.

Die Bundesregierung hat in der Neuauflage der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 die Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr auf bundesweit unter 30 Hektar pro Tag bis 2030 begrenzt. Heruntergebrochen auf Brandenburg liegt diese Zielmarke entsprechend einem Vorschlag der Kommission Bodenschutz beim Umweltbundesamt (KBU) bei unter 1,3 Hektar/Tag.

Eingegangen: 14.05.2019 / Ausgegeben: 14.05.2019

Die Brandenburger Landesregierung hat in ihrer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie bisher keine konkreten Ziele zur Reduzierung des Flächenverbrauchs festgelegt. Um das Ziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu erreichen, muss Brandenburg jedoch seinen Anteil leisten und sich zur eigenen Verantwortung bekennen. Langfristig ist ein bilanzieller Netto-Null-Verbrauch von Landwirtschafts- und Naturflächen anzustreben.

Um den Freiraum und unversiegelte Böden zu schützen wird die Landesregierung aufgefordert:

1. eine Flächenverbrauchsobergrenze als gesetzliche Mengenvorgabe in das Brandenburgische Landesplanungsgesetz (BbgLPIG) einzufügen, um das Ziel zu verankern, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf 1,3 Hektar am Tag abzusenken. Perspektivisch sind bilanziell keine Landwirtschafts- und Naturflächen mehr für Siedlungs- und Verkehrsflächen in Anspruch zu nehmen (Netto-Null-Ziel);
2. zu prüfen, inwieweit in Brandenburg ein Handelssystem mit Flächenausweisungsrechten (Zertifikaten) etabliert werden könnte, damit Kommunen ihr Gemeindegebiet nach individuellen Entwicklungs- und Bedarfsüberlegungen gestalten können;
3. den Landtagsbeschluss „Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen in Brandenburg reduzieren und Böden schützen“ vom 18. März 2015 landesweit umzusetzen, insbesondere die Überarbeitung der ‚Leitlinien der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung‘ von 1997;
4. ein landesweites Flächenmanagement zu entwickeln, insbesondere:
  - landesweite Erfassung von Flächen- und Nutzungsänderungen, Flächenversiegelungen und Entsiegelungspotenzialen,
  - Erhebung der Innenentwicklungspotentiale durch Bereitstellung eines automatisierten Baulücken- und Brachflächenkatasters bis 2025,
  - Einführung eines Gütesiegels der Landesregierung „Flächenverbrauch reduzierende und Böden schützende Gemeinde/Stadt“ bis 2020,
  - Konzentration der Landesförderungen (ELER, EFRE, Wohneigentumsförderung) auf flächensparende naturschutzverträgliche Innenraumverdichtung und an mit der Bahn angeschlossenen Konversionsflächen ab der nächsten Förderperiode 2021,
  - Renaturierung von nicht mehr benötigten versiegelten Flächen auf Landeseigentum bis 2030.

#### Begründung:

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage „Flächenverbrauch und -nutzung in Brandenburg“ hat gezeigt, dass der Flächenverbrauch in Brandenburg mit etwa 4 Hektar/ Tag voranschreitet. Neben dem Straßenneubau trägt dazu v.a. die Ausweitung von Wohngebieten bei. Auffällig ist, dass die Baufertigstellungen im Geschosswohnungsbau zwischen 2008 und 2017 nur geringfügig zugenommen haben, die Baufertigstellungen von Wohngebäuden mit ein und zwei Wohnungen sich aber mehr als vervierfacht haben. Eine Entwicklung, die im Sinne des Flächenschutzes grundsätzlich in die falsche Richtung verläuft.

In der Brandenburger Nachhaltigkeitsstrategie wird zwar betont, dass die Versiegelung von Flächen vermindert werden soll, Zielgrößen oder Termine werden aber nicht genannt. Wie der anhaltend hohe Flächenverbrauch zeigt, sind die bislang von der Landesregierung ergriffenen Maßnahmen - wie z.B. der durchaus hilfreiche Infrastrukturfolgekostenschätzer für Kommunen für die Aufstellung von Bauleitplänen - nicht geeignet, den Flächenverbrauch deutlich zu reduzieren.

Dabei ist der Flächenverbrauch absolut und pro EinwohnerIn sowohl in den wachsenden als auch im Vergleich dazu überproportional in den stagnierenden und schrumpfenden Regionen zu verzeichnen. Hier befördert jede neu gebaute Wohnung die Leerstände im Altbestand und gefährdet damit deren dauerhaften Erhalt; seien es historische, oft sogar denkmalgeschützte, auf alle Fälle die Charakteristik der Brandenburger Dörfer und Städte prägende Alt- oder Plattenbauten.

Im Einzelnen:

Zu 1. Das angestrebte Ziel der Bundesregierung von 30 Hektar pro Tag (für Brandenburg ca. 1,3 Hektar pro Tag) wird im Jahr 2030 nur erreicht werden können, wenn jetzt Maßnahmen ergriffen werden, die eine deutliche Reduktion des Flächenverbrauchs sicherstellen. Schleswig-Holstein regelt das Flächenverbrauchsziel (bis 2030 auf unter 1,3 Hektar pro Tag abzusenken, langfristig Netto-Null-Ziel) im Landesentwicklungsplan. In Brandenburg kann im Landesplanungsgesetz der Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf höchstens 1,3 Hektar am Tag begrenzt werden. Damit würde sich Brandenburg zu der politischen Zielvorgabe der Bundesregierung bekennen und eine Vorbildrolle unter den anderen Bundesländern einnehmen, die zwar teilweise Flächenverbrauchsziele ausgesprochen haben, diese Ziele aber nicht als verbindlich gesetzliche Vorgabe formuliert haben.

Zu 2. Eine Zertifikatlösung zur Umsetzung eines quantifizierbaren Ziels würde Gemeinden Flexibilität ermöglichen, indem sie durch einen Zukauf von Zertifikaten von der zugewiesenen Kontingentierung abweichen könnten. Damit wäre nicht nur den wachsenden Gemeinden geholfen, sondern auch den stagnierenden oder gar schrumpfenden, weil diese mit den Einnahmen aus dem Verkauf von nicht benötigten Zertifikaten in die Anpassung zukunftsfähiger technischer und sozialer Strukturen der Daseinsvorsorge ihrer BürgerInnen investieren können. Dies wäre ein Beitrag für auch zukünftig lebendige Dörfer.

Zu 3. In Brandenburg wurden Leitlinien zur guten fachlichen Praxis („Leitlinien der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung“) bereits Mitte der 1990er-Jahre formuliert. Die Realität landwirtschaftlicher Flächennutzung und der Anspruch der Leitlinien klaffen aber auseinander. Außerdem muss die gute fachliche Praxis an neue Entwicklungen und Anforderungen an die Landwirtschaft angepasst werden, die etwa in den vergangenen Jahren durch Regelungen auf EU-Ebene entstanden sind.

Der Landtag hat in seinem Beschluss vom 18. März 2015 die Landesregierung aufgefordert, die „Gute fachliche Praxis“ von 1997 „insbesondere im Interesse des Bodenschutzes bis 2017 zu überarbeiten, zu publizieren und für die Aus- und Weiterbildung zur Verfügung zu stellen“.

Zu 4. Flankierend soll die Entwicklung eines Flächenmanagements den Flächenschutz voranbringen. Erst die landesweite Erfassung von Flächen- und Nutzungsänderungen, Flächenversiegelungen und Entsiegelungspotenzialen macht die Landesregierung handlungsfähig, um sich Ziele zu setzen und diese zu monitoren.

Die Erhebung der Innenentwicklungspotentiale durch Bereitstellung eines automatisierten Baulücken- und Brachflächenkataster wird die Konversion von bislang ungenutzten Flächen befördern, weil dann für Planungsträger und Investoren transparent ist, wo welche Potentiale erschlossen werden können.

Die Einführung eines Gütesiegels der Landesregierung „Flächenverbrauch reduzierende und Böden schützende Gemeinde/Stadt“ fördert die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema, motiviert und belohnt die vielfältigen Stakeholder in dem Bereich und fördert den Erfahrungsaustausch und die Verbreitung von *best practice*-Lösungen.

Die Konzentration der Landesförderungen (ELER, EFRE, Wohneigentumsförderung) ab der nächsten Förderperiode 2021 auf die naturschutzverträgliche Innenraumverdichtung und an mit der Bahn angeschlossenen Konversionsflächen durch z.B. ausschließliche Förderung von Baugebieten für Mehrfamilienhäuser, ohne großflächige Parkplätze und eingeschossige Gewerbebauten verhindert den Flächenverbrauch.

Durch die Renaturierung von nicht mehr benötigten versiegelten Flächen und Begrünung bestehender Dachflächen auf Landeseigentum bzw. Gebäuden des Landes bis 2030 kann das Land öffentlichkeitswirksam als Vorbild voranschreiten.